

# 50 Jahre Baden-Württemberg-Stadt mit Perspektiven

Rupert Kubon



Abb. 1: Rupert Kubon auf der Südwestmesse 2017.

Mein Vorgänger im Amt, Gerhard Gebauer stellte 1998 in einem Aufsatz zur Fusion von Villingen und Schwenningen vor 50 Jahren mit Stolz fest, dass die Neubildung der Stadt Villingen-Schwenningen in Deutschland die größte Gemeindereformmaßnahme war, die seit 1945 erfolgreich durchgeführt wurde<sup>1</sup>. Dies gilt auch heute fast 25 Jahre später, und das macht den Sachverhalt noch bemerkenswerter. Hinzu kommt, dass diese Fusion auf der Grundlage einer Zustimmung der Bürgerschaft in beiden Städten Schwenningen und Villingen vollzogen wurde. Aber neben der Würdigung dieses doch sehr einzigartigen Vorgangs stellt sich deshalb die Frage, weshalb es keine Nachahmer mehr gab, und ob man dann tatsächlich vom Erfolg dieser Maßnahme sprechen kann.

Wer Gebauers Aufsatz liest, kommt jedoch noch zu einer weiteren Erkenntnis. Die Fusion von Villingen und Schwenningen wurde, bevor man sie öffentlich breit diskutierte, bereits umfassend in internen Gesprächsrunden vorbereitet. Sie war sicherlich keine „Nacht- und Nebelaktion“ obwohl sie in einem vergleichsweise

„atemberaubenden Tempo“<sup>2</sup> umgesetzt wurde. Doch kam es zum formalen Akt vergleichsweise schnell. Zwischen der ersten Sitzung des sogenannten Gemeinsamen Ausschusses, in dem erstmals nicht nur über die vom Land angeregte enge Zusammenarbeit der beiden Städte, sondern auch konkret über den Gedanken einer Fusion gesprochen wurde am 28. Dezember 1968 und der tatsächlichen Realisierung am 1. Januar 1972 lagen gerade einmal drei Jahre.

## Die Krise nach der Fusion

Wer jedoch aus heutiger Perspektive auf die Ereignisse vor etwas mehr als 50 Jahren zurückschaut wird noch etwas anderes feststellen: Die Idee, welche hinter der Fusion stand, war letztlich auch die Überzeugung, dass das Größer auch gleichbedeutend sei mit dem Besser. Das seit den sechziger Jahren in Deutschland umgesetzte Konzept der Raumordnungsplanung sah die Schaffung von zentralen Orten mit Ober-, Mittel- Unter- und Kleinzentren vor<sup>3</sup>, um damit in struktureller Hinsicht das ganze Land positiv weiter entwickeln zu können. Für den Raum Schwarzwald-Baar bot es sich dabei an, Villingen und Schwenningen zu eben einem solchen Oberzentrum auszubauen. Verbunden mit der Eigenschaft des Oberzentrums waren vielfältige Bündelungsaufgaben in verwaltungstechnischer und verkehrlicher Hinsicht.

Natürlich waren diese Überlegungen auch von einem bis dahin ungebrochenen Fortschritts- und Wachstumsglauben getragen, der eben auch das Denken und Verhalten der Menschen prägte, Christallers Theorie der zentralen Orte stammt bereits von 1933. Erst Anfang der siebziger Jahre wurde dieser breite gesellschaftliche Konsens durch den 1. Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums (1972) und die Ölpreis-

krise 1973 in Folge des Jom Kippur Krieges erstmals grundlegend in Frage gestellt. Doch da waren für die neue Stadt Villingen-Schwenningen bereits alle Messen gesungen.

Dennoch, ob zwei oder gar fünf Jahre später ein ebenso positives Mandat der Bevölkerung für die Fusion erteilt worden wäre, kann durchaus angezweifelt werden, denn die siebziger Jahre waren noch durch einen weiteren schwerwiegenden Einschnitt geprägt, der speziell unsere Region und eben besonders auch das Oberzentrum Villingen-Schwenningen erfasste, die Krise und der Untergang der Uhren- und Unterhaltungselektronik-Industrie. Zunächst schleichend dann aber dramatisch verlor der Schwarzwald-Baar-Kreis zwischen 1973 und 1978 13% seiner Arbeitsplätze und so war die Frage Wolfgang Helmers in der Stuttgarter Zeitung nach dem Konkurs des renommierten Plattenspieler-Herstellers Dual 1981, ob im Schwarzwald die Lichter ausgehen, keinesfalls rhetorisch gemeint, sondern für viele tragische Wirklichkeit.

Für die Entwicklung Villingen-Schwenningens als gemeinsame Stadt hatte dies erhebliche Auswirkungen. Zahlreiche angedachte und überwiegend auch notwendige Vorhaben wurden auch deshalb zunächst nicht weiterverfolgt, und bis heute leidet die Stadt in vielerlei Hinsicht und auch unnötiger Weise daran, denn es hätte mehrfach in den vergangenen 50 Jahren die Chance gegeben, diese Projekte konsequent weiter zu führen.

Bevor ich deshalb auf die Einzelheiten eingehe, bleibt festzuhalten, dass die „Eheleute“ Villingen und Schwenningen zwar durchaus allen Grund haben, ihr goldenes Jubiläum gebührend zu feiern, dass sie aber gleichzeitig in den bisherigen fünfzig Ehejahren manches versäumt haben, was ihnen den Ehealltag sicherlich leichter gemacht hätte und was auch in Zukunft für ein weiterhin erfolgreiches Miteinander gut wäre.

### **Ein Gesetz mit Leerstellen und dessen Folgen**

Als vor 50 Jahren am 1. Januar 1972 das Gesetz zur Neubildung der Stadt Villingen-Schwenningen in Kraft trat wurde eigentlich nur sehr wenig

geregelt. Lediglich die Zuordnung der Filialen der Kreissparkasse Rottweil zur Bezirkssparkasse Villingen war Teil des Gesetzes. Nicht einmal das in Baden und Württemberg unterschiedliche Notariats- und Grundbuchwesen wurde in diesem Gesetz angetastet und blieb so immerhin bis zur Notariats- und Grundbuchreform am 1. Januar 2018, also gerade einmal 46 Jahre! später in Kraft. Die Zusammenführung der vielfältig getrennten Strukturen beispielsweise der öffentlichen Verwaltung waren nicht Teil des Gesetzes, nicht einmal appellativ. So drängt sich der Eindruck auf, dass die Fusion von Villingen und Schwenningen so etwas wie ein Schlusspunkt des politischen Handelns war, nicht jedoch der Startschuss für eine Entwicklung. Aber genau dies wäre notwendig gewesen. Deshalb gestalteten sich im Grunde wenigstens die ersten 25 Jahre der gemeinsamen Stadt im Hinblick auf eben dieses Gemeinsame außerordentlich schwierig.

Kaum war man nämlich zusammen, gab es nahezu nichts mehr, was man noch hinsichtlich der gemeinsamen Entwicklung anging. Im Gegenteil, die eingangs beschriebene ökonomische Krise bekräftigte alle Teile der Stadt darin, gewissermaßen das Heil in der möglichst optimalen Gestaltung der jeweils eigenen Entwicklung suchen zu wollen. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Wohnungsbauentwicklung. Anstatt bereits damals konsequent eine Entwicklung des Zentralbereiches anzugehen, ließ man diese Brachfläche zwanzig Jahre lang unberührt, um sie dann eher halbherzig mit dem neuen Wohngebiet Schilterhäusle in Angriff zu nehmen. Die Entwicklung der Wohnbebauung entwickelte sich in Villingen und Schwenningen jeweils eigenständig in Arrondierung der bestehenden Stadtstrukturen Villingens (z. B. Hammerhalde, Haslach, Wöschhalde) und Schwenningens (z. B. Deutenberg, Grabenäcker, Rieten).

Auch die Entwicklung oberzentraler Funktionen entwickelte sich nur zögerlich. Immerhin gelang es, auch dank der Unterstützung des Wahlkreisabgeordneten, langjährigen CDU-Fraktionsvorsitzenden im baden-württembergischen Landtag und Ministerpräsidenten Erwin

Teufel Villingen-Schwenningen mit einem Ableger der Hochschule Furtwangen, einem Standort der Dualen Hochschule (ursprünglich Berufshochschule Villingen-Schwenningen) und der Hochschule der Polizei zum Hochschulstandort auszubauen.

Andere Bereiche etwa in der Rechtspflege stagnierten, auch weil auf diesen Feldern alte Grenzen nicht verändert wurden (z. B. Landgerichtsbezirke). Keine Sondergerichtsbarkeit wurde in Villingen-Schwenningen angesiedelt. Erst 2018 erhielt das Oberzentrum den Sitz eines eigenen Arbeitsgerichtes. Die eigentlich für Oberzentren vorgesehene Vorrangigkeit etwa im Bereich der Flächennutzungsplanung wurde für Villingen-Schwenningen – wenn überhaupt – nur halbherzig umgesetzt. Das gilt beispielsweise in besonderer Weise für die Einzelhandelsentwicklung, wo mit den Ansiedlungen großflächigen Einzelhandels seit den siebziger Jahren im Gewerbegebiet Bad Dürkheim ein äußerst ärgerlicher Präzedenzfall geschaffen wurde.

Dass dies politisch möglich war, lag sicherlich auch daran, dass die politisch Verantwortlichen der Stadt vor allem im Gemeinderat und im Kreistag sich selbst lange Jahre nicht eigentlich als Vertreter\*innen des Oberzentrums, sondern der „Doppelstadt“ Villingen-Schwenningen verstanden. Die bis in die neunziger Jahre bestehende unechte Teilortswahl verstärkte dieses fatale Selbstverständnis noch zusätzlich. Ganz bewusst wurden dabei neben den früher selbständigen Ortschaften, den kleinen Stadtbezirken, auch die Teilorte Villingen und Schwenningen gebildet. Dies widersprach eigentlich dem Geist dieser Regelung, die vor allem für einen Interessenausgleich von eingemeindeten Orten in größeren Kommunen sorgen sollte. Gemeinderäte wurden aber so in Villingen-Schwenningen geradezu dazu eingeladen, für ihren Teilort (Villingen oder Schwenningen) gezielte Klientelpolitik zu betreiben.

Hinzu kam die bis heute weitgehend fortbestehende Trennung aller soziokulturellen Felder. Ob es sich um die großen Kirchen handelte, ob um die meisten der Sportverbände, die Kultur- und

Heimatverbände (z. B. im Bereich der Blasmusik), immer ging und geht die Trennung mitten durch die Stadt. Welche skurrilen Folgen dies für die gemeinsame Stadtentwicklung hatte wird etwa aus einer Anekdote deutlich, die mir in meinem ersten OB-Wahlkampf 2002 widerfuhr. Ich besuchte damals den örtlichen Vorsitzenden der ACK (Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen = Forum ökumenischer Zusammenarbeit der christlichen Kirchen). Der Vorsitzende, ein kath. Priester aus dem Bistum Rottenburg-Stuttgart, antwortete mir auf die Frage, wie sich denn so die Zusammenarbeit mit der benachbarten ACK in Villingen gestalten mit der Bemerkung, dass man sich früher ja immer wieder einmal getroffen, seit 15! Jahren aber leider keinen gemeinsamen Termin mehr gefunden habe.

Folge all dessen war es, dass die Bevölkerung Villingen-Schwenningens die Stadt lange Zeit nicht eigentlich als Einheit, bestenfalls eben als Doppelstadt wahrnahm, und zumindest im privaten Kontext auch so lebte, nicht, weil man dies so anstrebte, sondern schlicht, weil es in jeder Hinsicht den geringsten Aufwand bedeutete.

### **Der Strukturwandel als Motor der Einheit**

Ganz anders jedoch verlief die Entwicklung in ökonomischer Hinsicht. Hatte die Krise der Unterhaltungs- und Uhrenindustrie die ganze Stadt erfasst, so gelang unerschrocken bereits in den achtziger Jahren, äußerlich wahrnehmbar seit den neunziger Jahren ein beeindruckender Strukturwandel. 40 Jahre nach der Fusion Villingens und Schwenningens hatte die Stadt wieder eine in Baden-Württemberg unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote, quasi Vollbeschäftigung, und das Oberzentrum war in der Region auch ein ökonomischer Motor, wobei es die Unternehmen schlicht nicht interessierte, ob sie in Villingen oder in Schwenningen (oder in einem der kleinen Stadtbezirke) produzierten. Villingen-Schwenningen hatte sich tatsächlich zur Baden-Württemberg (Muster-) Stadt entwickelt, auch wenn das öffentlich weitaus weniger wahrgenommen wurde, als dies eigentlich berechtigt gewesen wäre.

Auch auf anderen Feldern hat sich einiges entwickelt. So wurde etwa zwischenzeitlich mit dem zentralen Klinikum ein Krankenhaus geschaffen, welches auf universitärem Niveau arbeitet und welches so ohne die Städtefusion und die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis vermutlich nicht realisiert worden wäre.

Die großen Kirchen in der Stadt arbeiten heute Bistums- und Landeskirchengrenzen übergreifend eng zusammen, obwohl vor zwanzig Jahren unternommene Versuche, hier auch eine Grenzverschiebung hinzubekommen, nicht erfolgreich waren. Und auch im Vereinswesen der Stadt ist in vielen Bereichen zwar die Vielfalt geblieben, die Grenzen wurden jedoch sehr oft überwunden. Wünschenswert wäre hier jedoch, wenn beispielsweise auch von Seiten der Politik beispielsweise über eine gewisse finanzielle „Steuerung“ die längst überholten badisch- württembergischen Grenzen überwunden werden könnten. Was im Bereich des Rundfunks schon vor Jahrzehnten trotz Widerständen gelang, sollte hier auch möglich sein. Villingen-Schwenningen würde nachhaltig davon profitieren.

### **Strukturelles Defizit als Grundproblem**

Doch trotz dieser zweifelsohne positiven Entwicklungen, in Villingen Schwenningen war und ist zumindest politisch das Jammern weiterhin en vogue. Ein Grund dafür war sicherlich auch die Tatsache, dass die kommunale Finanzsituation sich zwar gerade im Laufe der letzten zweieinhalb Jahrzehnte deutlich verbesserte, aber aufgrund eines strukturellen Defizits nicht die Handlungsspielräume ermöglichte, die ohne diese Strukturchwäche sicherlich vorhanden gewesen wären.

Es ist deshalb notwendig, dieses bis heute bestehende strukturelle Defizit näher zu betrachten. Wie bereits zuvor beschrieben, war ja 1972 die Fusion zwar formal in Kraft getreten, inhaltlich aber noch längst nicht zu Ende geführt, was übrigens in großen Teilen bis heute gilt.

Dabei gibt es Ursachen für dieses strukturelle Defizit, die unabänderlich sind, und es gibt Ursachen, die bei entsprechendem Willen zu beseitigen gewesen wären bzw. noch zu beseitigen sind.

Ein Problem der Stadt ist bis heute ihre Weitläufigkeit. Das zeigt ein beeindruckender Vergleich beim kommunalen Straßennetz. Die Stadt Esslingen mit ca. 92.600 Einwohnern verfügt über ein städtisches Straßennetz von rund 300 Kilometern. Villingen-Schwenningen kommt da auf satte 465 Kilometer, und dies bei einer Höhenlage von ca. 750 Metern, Esslingen liegt 500 m niedriger. Die Folge dieser Situation unter Einbeziehung der verschärften klimatischen Bedingungen bedeutet, dass Villingen-Schwenningen ungefähr das Doppelte für den Straßenunterhalt, die Straßenreinigung, den Winterdienst aufwenden muss, als dies 150 Kilometer neckarabwärts der Fall ist. Dieses strukturelle Problem ist grundsätzlich nicht zu beseitigen, auch wenn es hier durchaus Möglichkeiten gäbe, die Problematik zumindest einzudämmen.

Zu den strukturellen Problemen, die zu beseitigen wären, gehört die große Zersplitterung der Kernverwaltung der Stadt, die aufgrund des damit verbundenen sehr hohen Flächenbedarfs pro Mitarbeiter\*in zu deutlich überproportionalen Gebäudekosten führt. Leider sind zwei ernstzunehmende Versuche, dieses Problem zu beseitigen in jüngerer Zeit gescheitert, 2012 im Bürgerentscheid gegen die zentrale Verwaltung und 2019 durch die Revision des Gemeinderatsbeschlusses von 2016, wesentliche Teile der Verwaltung im Vorderen Brühl unterzubringen.

Ein weiteres strukturelles Problem stellt die Kleinteiligkeit im Schulwesen dar. Zu viele Zwergschulen in den kleinen Ortschaften mit den damit verbundenen überdurchschnittlichen Kosten verstärken zwangsläufig den Sanierungsstau in Schulen, auf die wesentlich mehr Schüler\*innen angewiesen sind. Auch hier haben jüngste politische Entscheidungen wegweisende Verbesserungen im Interesse der ganzen Stadt leider verhindert.

So wird an diesen wenigen Beispielen deutlich, dass das strukturelle Defizit fortbesteht und damit Einschnitte bei den laufenden Aufwendungen erzwungen werden, was vor allem zu Lasten der tatsächlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger geht, etwa im Sozial- oder Kulturbereich.

## Unorthodoxe Lösungsvorschläge

Wie könnte also vor dem Hintergrund des Beschriebenen die Stadtentwicklung der kommenden Jahre aussehen? Ich gestehe, den großen Vorteil zu haben, nicht mehr aktiv in politische Prozesse eingebunden und deshalb auch nicht gezwungen zu sein, taktische Rücksichten nehmen zu müssen. Ich kann also frei reden und damit aber auch Anstöße geben, die vielleicht utopisch erscheinen, zu großen politischen Wirbel verursachen oder schlicht abgelehnt würden, sollten sie aus dem Mund eines aktiven Oberbürgermeisters kommen. Aber vielleicht versteht der eine oder die andere dies auch als Anregung, selbst Dinge weiterzudenken, die hier nur skizzenhafte Ideen sind und nicht den Anspruch einer politischen Forderung erheben. Ferner ist es keinesfalls meine Absicht, beispielsweise früheren Kolleg\*innen damit vor den Kopf zu stoßen. Ich habe mit ihnen gut zusammengearbeitet, und die Ideen, die ich hier vorstelle, sind sehr subjektive Betrachtungen, von jemandem der eben nicht mehr in politischer Verantwortung steht und dafür auch keinerlei Anspruch erhebt.

Eine erste Überlegung beginnt dort, wo bereits Gerhard Gebauer vor 50 Jahren ansetzte, als es ihm um die Schaffung eines neuen Landkreises in den Grenzen der heutigen Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ging. Ich denke, dass ein solcher Kreis an Stelle der Miniregion Schwarzwald-Baar Heuberg sinnvoll wäre. Ich bin davon überzeugt, dass sich so viele Animositäten beseitigen ließen, die nach meiner Erfahrung die Handlungsfähigkeit der Region stark einschränken. Parallel zur Schaffung dieses neuen Landkreises sollte die derzeitige große Kreisstadt Villingen-Schwenningen kreisfrei werden. Zwar kommt die Stadt mit 86.500 Einwohnern nicht über die Schwelle von 100.000, doch wäre ein solcher Schritt im ländlichen Raum durchaus zu rechtfertigen. Außerdem ließen sich die beiden kleinsten Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft, Unterkirnach und Mönchweiler in die Stadt Villingen-Schwenningen aufnehmen, was die Einwohnerzahl damit auf über 92.000 steigen würde. Villingen-Schwenningen verfügt wie

keine andere große Kreisstadt in Baden-Württemberg bereits heute über sehr viele hoheitliche Aufgaben (Jugendamt, Forstamt) und lediglich das Gesundheitsamt, das Sozialamt und der Bereich Umwelt und Naturschutz sind beim Kreis angesiedelt. Es ist m.E. deshalb davon auszugehen, dass Villingen-Schwenningen nicht nur bestens für die Kreisfreiheit vorbereitet wäre, ich bin auch davon überzeugt, dass viele Handlungsoptionen dadurch noch verbessert werden könnten. Das betrifft übrigens auch einige Aufgabenfelder gerade im Umwelt- und Klimabereich, angefangen bei der Müllentsorgung bis zur Windenergie. Zu überlegen wäre in diesem Fall übrigens, ob der Kreissitz in die dann größte große Kreisstadt, Tuttlingen, zu verlegen wäre.

Ein weiteres wichtiges Argument stellt die Position Villingen-Schwenningens im Landkreis Schwarzwald-Baar statt. Mit über 40,5 % aller Bürgerinnen und Bürger des Landkreises dominiert die Stadt in überproportionaler Weise den Landkreis. Dieses extreme Verhältnis gibt es sonst in keinem anderen baden-württembergischen Landkreis. Nicht einmal Reutlingen, eine Stadt, die ebenfalls kreisfrei werden möchte, erreicht diesen Wert in ihrem Landkreis. Die Folge davon sind erhebliche Probleme zwischen den deutlich kleineren kreisangehörigen Gemeinden, die sich regelmäßig durch Villingen-Schwenningen gewissermaßen an den Rand gedrängt fühlen, und dem Oberzentrum.

Eine weitere Aufgabe für die Zukunft der Stadt läge in einer optimalen Bündelung der Kernverwaltung. Nach wie vor gäbe es die Möglichkeit, diese Kernverwaltung in einem zweckmäßigen und vor allem sehr wirtschaftlichen Neubau im Zentralbereich anzusiedeln. Die Rathäuser würden in ihrer bisherigen Funktion als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger bestehen bleiben, doch ließen sich mittelfristig erhebliche strukturelle Mittel einsparen, wenn man die rund 500 Mitarbeiter\*innen der Kernverwaltung unter einem Dach unterbringen würde, was aus betriebswirtschaftlicher Sicht zahlreiche Optimierungen hervorbringen würde. Bestehende historische, teilweise unter Denkmalschutz ste-

hende Objekte ließen sich veräußern. Das immer wieder vorgeschobene Argument eines damit einhergehenden Kaufkraftschwundes in den Innenstädten ist, wie bereits mehrfach Berechnungen gezeigt haben, keinesfalls stichhaltig. Nüchterne Analysen zeigen, dass mögliche Effekte – wenn überhaupt messbar – extrem minimal wären.

Schließlich wäre zu überlegen, durch welche Maßnahmen auch bei den eigentlich nicht oder nur wenig beeinflussbaren strukturellen Kosten Verbesserungen möglich wären. Hier wäre etwa daran zu denken, konsequent auf die Sanierung von Durchgangsstraßen und Straßen außerhalb des öffentlichen Nahverkehrs grundsätzlich für die kommenden wenigstens 20 Jahre zu verzichten und bestenfalls entstehende Löcher zu flicken. Das wäre nicht schön, aber effektiv. Natürlich sollte man dann aber auch verstärkt darauf achten, vor allem in den flächenextensiven kleinen Stadtbezirken keine neuen Wohngebiete mit entsprechenden Straßen auszuweisen. Versiegelte Fläche kostet schlicht Geld.

### Fazit

Nun stellt sich natürlich abschließend die Frage, wozu das Ganze? Wäre es nicht vielleicht doch besser gewesen, vor 50 Jahren auf die gemeinsame Stadt zu verzichten? Die Fusion war nicht zwangsläufig und das Konzept der zentralen Orte, welches zumindest einen wichtigen Anstoß zur Fusion gab, ist heute keinesfalls so unumstritten wie vielleicht vor 50 Jahren.

Aber es bleibt zunächst festzuhalten, dass die Wirtschaftskrise der siebziger und achtziger Jahre beide Städte wenigstens gleichermaßen heimgesucht hätte. Ja vermutlich wäre die öffentliche Aufmerksamkeit und damit die erfolgten politischen Reaktionen etwa beim Hochschulausbau bei zwei getrennten Akteuren deutlich bescheide-

ner ausgefallen. Ich bin überzeugt, den Strukturwandel hätte jede Stadt für sich keinesfalls so gut hinbekommen.

Auch sollte man sich in Erinnerung rufen, dass Villingen und Schwenningen, wie bereits die urkundliche Ersterwähnung gezeigt hat, eigentlich über lange Zeit ihrer Geschichte eher gemeinsam als getrennt unterwegs waren. Gerade der jüngst erschienene 1. Band der Stadtgeschichte hat dies an vielen Stellen bemerkenswert herausgearbeitet.

Dass es dann vor fünfzig Jahren tatsächlich auch zur Fusion kam, war zwar letztlich ein historischer Augenblick, der auch anders hätte verlaufen können, der jedoch spätestens heute die Nachgeborenen dazu zwingt, vieles, was mit diesem Schritt in Gang gesetzt wurde, konsequent weiter zu entwickeln. Einige Stichworte dazu habe ich gegeben.

Die Baden-Württemberg-Stadt Villingen-Schwenningen, die wie kaum eine andere auch die Erfolgsgeschichte des Südweststaates widerspiegelt, sollte diese Erfolgsgeschichte unbedingt weiterschreiben.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Gerhard Gebauer, Die historische Stunde: 1. Januar 1972, in: Villingen und Schwenningen, Geschichte und Kultur, Hrsg. Stadt Villingen-Schwenningen aus Anlass des Jubiläums 1000 Jahre Münz-, Markt- und Zollrecht Villingen im Jahr 1999, Villingen-Schwenningen, Verlag Hermann Kuhn 1998, S. 518.

<sup>2</sup> Paul Reuber, Villingen-Schwenningen – eine Vernunfttete?, in: Villingen und Schwenningen, s.o. S. 494.

<sup>3</sup> dazu: Walter Christaller, Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischer Funktion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1980, ISBN 3-534-04466-5 (Reprint d. Ausg. Jena 1933).